

Nr. XIX. GP-NR
329 /J
1995 -01- 17

Anfrage

der Abgeordneten Kier, Schaffenrath, Partnerinnen und Partner

an den Bundesminister für Arbeit und Soziales

**betrifft: Maßnahmen zur Integration Behinderter in das Berufsleben, insbesondere
Arbeitsassistenz für psychisch Kranke.**

Am 1.10.1992 erfolgte der Projektstart des Modells "Arbeitsassistenz". Im Rahmen einer zweijährigen Pilotphase wurden in Oberösterreich und Niederösterreich zwei Modelleinrichtungen geschaffen, deren Aufgabe darin besteht:

- 1) Arbeitssuchende mit psychischen Erkrankungen in den Arbeitsmarkt zu integrieren,
- 2) Arbeitnehmer/innen, deren Arbeitsplatz aufgrund psychischer Probleme gefährdet ist, den Erhalt ihres Arbeitsplatzes zu ermöglichen
- 3) Arbeitgeber über den angemessenen Umgang mit psychosozial benachteiligten Mitarbeitern zu informieren.

Finanziert werden beide Projekte von den jeweiligen Landesgeschäftsstellen des Arbeitsservice (AMS), den zuständigen Landesinvalidenämtern (jetzt: Bundessozialamt) und den Ländern Oberösterreich und Niederösterreich.

Das Modell "Arbeitsassistenz" ist ein im europäischen Raum längst bewährtes und etabliertes Verfahren Behinderte bei der Re-Integration in die Berufswelt zu unterstützen. Die beiden Pilotprojekte sollten die Effektivität und Umsetzbarkeit dieser Form der Betreuung für Österreich erkunden. Zu diesem Zweck wurde eine umfangreiche Begleitevaluation vom Institut für Berufs- und Erwachsenenbildungsforschung der Universität Linz durchgeführt, deren Ergebnis als Entscheidungsgrundlage für oder gegen eine gesamtösterreichische Einführung derartiger Einrichtungen verwendet werden soll.

Nunmehr liegt der vom Bundesministerium für Arbeit und Soziales in Auftrag gegebene Endbericht über die Evaluierung der beiden Pilotprojekte in NÖ und OÖ vor. Die Experten des Instituts für Berufs- und Erwachsenenbildungsforschung kommen in diesem Bericht zum Ergebnis, daß das evaluierte Projekt unter Beibehaltung der bisherigen Zieldefinition fortgeführt werden sollte. In der Studie wird u.a. festgestellt, "..., daß sich die Arbeitsassistenz auf jeden Fall rechnet" (S.116)

Obwohl die mit allen Fördergebern vereinbarten Ziele von beiden Pilotprojekten übertroffen wurden, gibt es bis dato weder Klarheit über eine längerfristige Finanzierungsbeteiligung der Länder in Oberösterreich und Niederösterreich, noch über eine Ausweitung der "Arbeitsassistenten" auf ganz Österreich.

In diesem Zusammenhang stellen die unterzeichnenden Abgeordneten folgende

Anfrage

- 1.) Sind Ihnen die positiven Ergebnisse des Evaluationsberichtes über die Modellprojekte Arbeitsassistenten in OÖ und NÖ bekannt, bzw. gibt es bereits eine Stellungnahme Ihres Ministeriums dazu?
- 2.) Ist von Seiten des Bundesministerium für Arbeit und Soziales sichergestellt, daß die beschriebenen Projekte in den Ländern Oberösterreich und Niederösterreich im bisherigen Umfang weitergeführt werden?
- 3.) Für welchen Zeitraum liegen
 - a) Finanzierungszusagen der Arbeitsmarktservice - Landesgeschäftsstellen;
 - b) Finanzierungszusagen der Bundessozialämter bzw. Landesinvalidenämter;
 - c) Finanzierungszusagen der Länder Oberösterreich und Niederösterreich vor?
- 4.) Die genannten Modellprojekte wurden auch deshalb eingerichtet, um bei Erfolg einen österreichweiten Ausbau zu fördern. In welchen zeitlichen Planungsschritten ist eine Ausweitung der "Arbeitsassistenten" auf die übrigen Bundesländer geplant?
- 5.) In welchem Umfang sollen bei einer allfälligen Ausweitung der Projekte die dann einbezogenen Bundesländer an der Finanzierung beteiligt werden?
- 6.) Gehen sie davon aus, daß Gelder des Europäischen Sozialfonds zur Finanzierung solcher Projekte zur Verfügung stehen werden. Wenn ja, wie wird der Finanzierungsschlüssel aussehen?